DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Mai/1998

Der Landesvorstand hat am 03. März folgenden Brief an unseren Oberbürgermeister geschickt:

Werter Henning Scherf!

Wir sind entsetzt und empört über Ihren Auftritt in der Bürgerschaft zum Thema Bundeswehr und öffentliches Gelöbnis. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie Sie sich - einst entschiedener Gegner der Remilitarisierung in der Bundesrepublik - nun zum Schönredner der Bundeswehr wandelten.

Völlig unbegreiflich für uns ist jedoch die politische Unbedarftheit, mit der Sie in diesem Augenblick an dem vorbeireden, wogegen sich in einer breiten Öffentlichkeit bis hinein in die Reihen Ihrer eigenen Fraktion Protest und Widerstand entwickelt.
Sehen Sie wirklich nicht, daß Verteidigungsminister Rühe und andere rechtskonservative und -extreme Kräfte in der CDU/CSU und der Bundeswehr die öffentlichen Gelöbnisse in Szene setzen, um davon abzulenken, daß sie selbst ein hohes Maß an Verantwortung für die Häufung rechtsextremistischer Vorfälle in Bundeswehreinheiten tragen?

Sehen Sie wirklich nicht, daß diese Herrschaften darauf brennen, dem Bremer Bürgermeister und der SPD eins auszuwischen, weil sie seinerzeit die Ausstellung "Vernichtungskrieg der Wehrmacht" im Rathaus durchführen ließen und kürzlich ganz wesentlich dazu beitrugen, daß das Thema "Großer Lauschangriff" stärker in die öffentlichkeit getragen wurde und eine Bundesratsmehrheit für Nachbesserungen zustandekam?

Sehen Sie nicht, daß nach den Erfahrungen von 1980 ein öffentliches Gelöbnis den Schutz einer Armee von Polizisten erfordert, Zusammenstöße nahezu unvermeidlich sind, und daß dies von den Initiatoren gewollt ist?
Seit 1980 hat es in unserer Stadt keine öffentlichen Gelöbnisse gegeben. Niemand hat das als Diskriminierung der Bundeswehr empfunden. Warum ausgerechnet im Bundestagswahljahr? Die Antwort dürfte so schwer nicht sein:

Proteste und Polizeieinsatz gegen Demonstranten, provoziert durch eine Gelöbnisschau, passen genau in das Wahlkampfkonzept der CDU/CSU: "Sicherheit" zum Thema 1 des Wahlkampfs zu machen und die SPD als für die Bewahrung von Sicherheit und Ordnung unfähig hinzustellen.

Werter Henning Scherf!

Bitte überdenken Sie Ihre Position zum öffentlichen Gelöbnis mit Rücksicht auf das Ansehen unserer Stadt noch einmal gründlich und nehmen Sie Abstand von einer Verwirklichung.

Mit freundlichen Grüßen

Willy Hundertmark
(Ehrenvorsitzender)

Raimund Gaebelein
(Landesvorsitzender)

Antifaschistische Filmreihe im Mai 1998

Antifaschistisches Komitee (St.Pauli Str.), Mediencoop e.V. und Antirassismusgruppe Walle veranstalten anläßlich des 08. Mai eine „Filmreihe mit Spiel- und Dokumentarfilmen zu nazistischen Kontinuitäten und zum Umgang der Deutschen mit ihrer jüngsten Geschichte".
Diese Veranstaltungen werden jeweils um 20:00 Uhr im Lagerhaus, Schildstraße im 3. Stock zu sehen sein. Das sehenswerte Programm wird von uns unterstützt.

Montag 4. Mai: *Herrenpartie* (Regie Wolfgang Staudte 1963) -
Ein Gesangverein strandet während des Urlaubs in einem abgelegenen jugoslawischen Dorf, dessen Männer bei einer Vergeltungsaktion von deutschen Soldaten erschossen worden waren. Die „Sangesbrüder" finden angesichts der Ablehnung durch die Hinterbliebenen zu ihren Landser"tugenden" zurück.

Freitag, 8. Mai: *Der Stern und sein Schatten* (1993) -
Dokumentarfilm über Zwangsarbeiterinnen bei Mercedes-Benz und dem aktuellen Umgang des Daimler-Konzerns mit diesem Thema heute. Der Drehbuch-Autor Helmut Bauer wird anwesend sein.

Montag 11. Mai: *Verfolgt und vergessen* (1985) -
Auschwitz-Besuch einer Gruppe deutscher Sinti und Roma 1985. Überlebende schildern ihre Verfolgung. Hintergründe der Diskriminierung damals und heute werden aufgezeigt.

Demonstration und Kundgebung zum 1. Mai 1998

Ablauf: **9:45 Uhr Sammeln Osterdeich ab Ecke Sielwall**
11:00 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz
12:00 Uhr DGB-Maifest im DGB-Zelt Domshof

Es sprechen: **Helga Ziegert**, Vorsitzende DGB-Kreis Bremen; **Regine Görner**, DGB-Bundesvorstand

Am 30.04. um 20:30 Uhr, Tanz in den Mai im DGB-Zelt auf dem Domshof

Ein Oberfeldrichter erinnert sich

Für den 09. Juni plant die Mehrheit des Bremer Senats ein öffentliches Rekruten-Gelöbnis auf dem Marktplatz. Die Bundeswehr entstand im Geist des Kalten Krieges, geschaffen von Generälen der Wehrmacht, die ihre Planungen für „den Fall Rot" als Fortsetzung ihrer Generalstabstätigkeit begriffen. Man griff auf „bewährte Fachkräfte" zurück. Den Fall eines demokratisch gewandelten Oberfeldrichters erlebte unser Kamerad François de Beaulieu, als er vor 37 Jahren versuchte, für Verurteilung, Haft und Degradierung eine Entschädigung zu erhalten. Die Wehrjustiz wurde als Disziplinarrecht im gleichen vordemokratischen Geiste fortgeführt. Soldatenbild und Staatsauffassung spiegelten kaum die Vorstellung eines Bürgers in Uniform wider, wie sie im Geiste des Grundgesetzes entstehen sollte. In gesetzten Worten antwortete im Juni 1961 der Bundeswehrdisziplinaranwalt und frühere Oberfeldrichter Elmar Brandstetter auf seine Anfrage nach den Gründen seiner Verurteilung zu sieben Monaten Gefängnis und Rangverlust.

„Sehr geehrter Herr Pfarrer!
Nach Ihren Mitteilungen ist mir Ihr früheres Verfahren noch lebhaft in Erinnerung. (...) Da ich aber zu einer mündlichen Erörterung keine Gelegenheit habe, will ich versuchen, einige Gedanken zu Papier zu bringen, die - wie ich hoffe - Ihr Verständnis finden werden. (...) Bedenken Sie bitte weiter, welches in jenem Unrechtsstaat die allgemeine Praxis der Stellen war, die außerhalb der Wehrmacht die sogenannten „Zersetzungserscheinungen" zu verfolgen hatten! In diesem Rahmen muß man auch Ihr Verfahren sehen.

Nur dann ist es einleuchtend, daß verständige Wehrmachtsangehörige und ihre Verteidiger alle Hebel in Bewegung setzten, um die Abgabe kriegsgerichtlicher Verfahren an die allgemeine Justiz zu verhindern, weil sie in der Aburteilung durch ein Kriegsgericht die einzige Rettungsmöglichkeit sahen. Wie recht sie hatten, beweisen eine Reihe von geradezu tragischen Fällen, die auf Betreiben der Gestapo den Kriegsgerichten entzogen worden sind und beim Volksgerichtshof mit der Todesstrafe endeten. Nur durch die Haltung der Kriegsgerichte erklärt sich der Haß Hitlers auf die Wehrmachtsgerichtsbarkeit.

Daß Sie, sehr geehrter Herr Pfarrer, nicht erkennen und anerkennen, daß in damaliger Lage allein schon die Abgabe des Verfahrens an ein Sondergericht oder gar an den Volksgerichtshof Ihr Schicksal rettungslos besiegelt hätte, überrascht mich und enttäuscht mich. Offenbar unterschätzten und unterschätzen Sie auch heute noch die Gefahr, in der Sie damals geschwebt haben. (...) Wieviel richtiger hat ihr Verteidiger, offenbar ein erfahrener Berliner Anwalt, das Bemühen des Anklagevertreters und des Gerichtes erkannt und wieviel lebensnäher hat er die Gesamtsituation gewürdigt: in der Beratungspause hat er mir spontan erklärt, wie wohltuend sich unser Verhandlungston von dem der Sondergerichte unterscheide, wie froh er gewesen sei, daß die Sache vor dem Kriegsgericht und nicht vor einem Sondergericht verhandelt werde und wie glücklich er als Verteidiger über meinen maßvollen, ja milden Antrag sei."
1943 hat also dieser Bundeswehrdisziplinaranwalt seinem Urteil gegen François de Beaulieu den Satz hinzugefügt: „als straferschwerend ist besonders berücksichtigt worden, daß Beaulieu sich persönlich und geistig zu jüdisch versippten Kreisen hingezogen fühlt." Die Informationen entnahm er beschlagnahmten Privatbriefen.

Raimund

Der Freiheitskämpfer

Rainer Habel, AVS-Gedenkstättenbeauftragter, hatte sich im Dezember an Senatorin Bringfriede Kahrs gewandt, um eine würdige Stelle für Fritz Cremers Plastik „Freiheitskämpfer" anzumahnen, die bei der Umgestaltung der Ostertorwache hinter Schloß und Riegel gewandert war. Nun erhielt er Antwort, die er den Lesern des BAF nicht vorenthalten möchte:

„Es war schon sehr lange geplant (...), daß die Figur des Freiheitskämpfers von Fritz Cremer umgestellt werden sollte, weil sie unter den Bäumen und vor dem Zaun am Eingang der Wallanlagen nicht ausreichend zur Geltung kam.

Ich bin nicht der Meinung, daß der neue Standort eine Verschlechterung darstellt, im Gegenteil, die Figur steht in vollem Licht, das durch die Reflexion der weißen Wand noch verstärkt wird, und abends sorgt die Beleuchtung der Ostertorwache dafür, daß der Freiheitskämpfer auch dann noch sichtbar ist.
Solange die Ostertorwache eine Baustelle war, ließ es sich leider nicht vermeiden, daß das Tor verschlossen werden mußte. Es wird jetzt am Tage zur Hälfte geöffnet sein, so daß der Zugang zum Denkmal jederzeit möglich ist.
Eine Drehung der Skulptur zur Straße hin ist aus ästhetischen Gründen nicht sinnvoll, weil sie dann keine Bezugspunkte wie die Wand oder den Zaun mehr besitzen würde. Im übrigen ist aber noch eine weitere Veränderung vorgesehen: Das Schild vor dem Standbild wird vorne angewinkelt auf dem Boden vor dem Zaun liegen, damit jeder von der Straße aus das Mahnmal erkennen kann. (...)' Dies also ist die Antwort der Senatorin.

Die Ostertorwache ist zwar kein Gefangenenhaus mehr, die Cremer-Plastik aber wird weiter hinter Gittern gehalten, zumindest nachts aber wird sie gut verwahrt, selbst wenn wenig darauf hindeutet, daß sie Ziel von Anschlägen werden könnte. Und der Freiheitskämpfer wird - natürlich aus rein ästhetischen Gründen - weder Wand noch Gittern entkommen. Wir könnten uns einen besseren Platz vorstellen.

Raimund

Tiefflieger in Walle

Der Waller Beirat debattierte am 21.03. unter anderem über die Verlagerung des Großmarktes im das Überseehafengebiet sowie die Atomtransporte über die Bremer Häfen und Schienen. Es kam zum Eklat, als der Sprecher der CDU-Beiratsfraktion, Rolf Surhoff, ausflippte. Als Kritik seitens der Bündnisgrünen im Beirat an der Verlagerung kam, beleidigte er Helga Trüpel, die ehemalige Senatorin für Kultur und Ausländerintegration, indem er sie als "Randgruppensenatorin" titulierte.

So richtig dicke kam es, als Surhoff die Risiken der Kernkraft bagatellisierte und Personen, die Bahnstrecken sabotieren, als "Linksfaschisten" bezeichnete. Als die Fraktion der Bündnisgrünen ihn aufforderte, dies zurückzunehmen, weitete er seine Ausfälle noch auf alle, die gegen Atomkraft sind, aus. Ich denke, daß der Begriff des "geistigen Tiefflie-gens" hier angebracht ist. Der Begriff "Linksfaschist" kann nur einem reaktionären, haßerfüllten Hirn entstammen.

Gerold

VVN im Internet

Das Internet ist ein Kommunikationsmittel, das viele Vorteile bietet und immer häufiger genutzt wird. Seit April ist nun auch die VVN-BdA Bremen dort mit einem eigenen Angebot vertreten. Wir befinden uns z.Zt. noch in der Aufbauphase, was euch nicht daran hindern soll, mal reinzuschauen. Die Adresse lautet: **http://www.vvn-bda.de/bremen**
Kritik ist erwünscht!

Jens und Gerold

Politischer Mord in Saalfeld

Keine zwei Wochen nach der Antifa-Demo in Saalfeld wurde am 26.03.1998 in Saalfeld die 14jährige Antifaschistin Jana Georgi von einem 15jährigen Jungnazi brutal niedergestochen. Sie erlag auf dem Weg in das Krankenhaus ihren schweren Verletzungen am Hals.

Wir dokumentieren an dieser Stelle eine dpa-Pressemeldung:

"Spontane Demonstrationen nach Mädchenmord in Saalfeld (dpa)

Aufgrund von Spekulationen über einen möglicherweise rechtsextremen Hintergrund der Tötung an einem 14jährigen Mädchen ist es in Saalfeld (Thüringen) zu spontanen Demonstrationen gekommen. Ein Polizeiaufgebot sei unterwegs, sagte der leitende Oberstaatsanwalt Arndt Koeppen in Gera am Donnerstag abend. Ein politischer Hintergrund der Tat könne nicht ausgeschlossen werden, stehe aber auch noch nicht fest. Der Tatverdächtige sei bislang nicht der rechten Szene zuzuordnen. Er sei noch nicht zum Tatmotiv vernommen worden. Das "Bündnis gegen Rechts" in Saalfeld teilte mit, daß die am Nachmittag erstochene 14jährige zum Umfeld der linksalternativen Szene gehört habe, während der 15jährige Tatverdächtige ein stadtbekannter Nazi sei. Dagegen sagte Thüringens Verfassungsschutz-Präsident Helmut Roewer, er könne nicht bestätigen, daß der Tatverdächtige aus der rechten Szene stamme. Er sei dort unbekannt.

Der 15jährige sei aber in psychiatrischer Behandlung gewesen. Das Mädchen war am Donnerstag nachmittag in Saalfeld mit mehreren Stichen in den Hals getötet worden. Nach Angaben der Polizei ist ein 15jähriger Tatverdächtiger rund eine Stunde nach der Tat festgenommen worden. Das Mädchen starb auf dem Weg ins Krankenhaus."

Nach Informationen der Antifa-Dresden handelt es sich bei dem 15jährigen um ein JN-Mitglied mit dem Namen Mrachewsky; diese Information konnte bisher noch nicht bestätigt werden.

Am Samstag, dem 28.03., fand in Saalfeld eine Gedenkdemonstration unter dem Motto "Wandelt Wut und Trauer in Widerstand - Wir trauern um Jana" statt, an der etwa 1.500 Menschen teilnahmen. Die Demonstration verlief entgegen den Befürchtungen der örtlichen Presse friedlich und angemessen. Es war eine Szene mit Symbolcharakter, als eine Gruppe Jugendlicher ihr Plakat »Jana, von Nazis ermordete einrollten, nachdem Altpfarrer Walter Schilling mit ihnen gesprochen hatte. Nicht ganz korrekt, befand Schilling, allenfalls ein Möchtegernnazi sei der 15jährige Mrachewsky gewesen.

Der weitaus größte Teil der rund 1.500 AntifaschistInnen, die am Samstag nachmittag durch Saalfelds Innenstadt zogen, respektierte die Vorgabe der Demonstrationsanmelder. Sie respektierten auch, daß der Großvater des Mädchens per Tonband ein paar Worte an die Demonstranten richtete, indem er bat, die Trauer der Familie zu achten.

Einige Saalfelder glotzten dennoch mit versteinerten Mienen aus den Fenstern und filmten voyeuristisch den Trauermarsch, in dem sich Trauer mit Wut vermischte, die der kleinere Teil der Demonstranten immer wieder lautstark herausbrüllte.

Während der Kundgebung selbst hielt sich die Polizei - darunter auch eine bayrische Sondereinheit - zurück, kesselte den Demonstrationszug nicht ganz so rigoros ein wie vor zwei Wochen, auch wenn wieder fleißig Filmaufnahmen von den Demonstranten gemacht wurden.

So stoppte der Demonstrationszug zeitweilig und forderte die Polizei auf, sich zurückzuziehen. Der Landtagsabgeordnete Steffen Dittes (PDS) forderte die Polizei nach der Demonstration auf, die Fotos der Polizisten, die ihre Kameras provokativ auch auf einzelne Demonstranten gerichtet hatten, unverzüglich zu vernichten. Die Demonstranten ließen sich nicht provozieren.

Die Aktion wurde von den Veranstaltern als Erfolg gewertet. Es bleibt zu hoffen, daß dieser grausame Mord die Bevölkerung nicht nur in Saalfeld endlich aufschreckt und für die immer weiter um sich greifenden Naziaktivitäten sensibilisiert.

Gerold

Will die NPD-Jugend Krieg?

Dieser aktuelle Aufkleber der JN, des Jugendverbandes der NPD, macht unmißverständlich deutlich, womit zu rechnen ist, sollten diese (oder ähnliche) Leute je auch nur in die Nähe politischer Macht kommen.

Ins Stammbuch schreiben sollten sich dies auch solche, die meinen, hier müßte mit armen verwirrten Jugendlichen Händchen gehalten werden.

Das Deutschland der JN erhebt unmittelbar Anspruch auf Territorien folgender Staaten: Polen, Rußland, Tschechien, Slowakei, Österreich, Italien, Frankreich, Luxemburg, Belgien und Dänemark. Zehn Staaten also, die Gebiete abzutreten haben oder sich gleich ganz aufgeben sollen.

Werden sie das wohl freiwillig tun? Oder ist hier nicht eher jene Methode zu erwarten, mit der Deutschland schon zweimal in diesem Jahrhundert solche Ziele umzusetzen suchte?

Thomas

Der Beitrag der Jungen Nationaldemokraten (JN) für ein friedliches Zusammenleben in Europa. (Fundort Horn-Lehe im Februar 1998)

ANTIFA jetzt abonnieren!

Liebe Leserinnen und Leser des BAF!

Wir möchten Euch herzlich empfehlen, die Zeitschrift ANTIFA zu abonnieren, die als antifaschistisches Monatsmagazin von unseren Kameraden der IVVdN in Berlin herausgegeben wird. Sie hat 36 Seiten, Monat für Monat wird auf vier Seiten ein Spezialthema vorgestellt.

Auch aus den Reihen unserer Organisation sind Informationen, Artikel, Beiträge dort zu finden.

Informationen und Argumente sind eine feste Basis für ein Zusammenwachsen unserer Organisationen. Daher unser Appell an Eure Solidarität: Unterstützt die ANTIFA durch Euer Abonnement. Die Anschrift für Probeexemplare und Bestellung:

Redaktion ANTIFA, Franz-Mehring-Platz 1, 10234 Berlin

Raimund

Die Lehren aus der Geschichte ziehen

„Die Leistung, die im 2. Weltkrieg erbracht wurde, (...), was im zivilen und militärischen Bereich geleistet wurde, (...), die Opfer, die erbracht wurden, stellen eine in der Geschichte einmalige kollektive Leistung unseres Volkes dar."

Wer da wenige Tage vor dem heutigen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus die Verbrechen der Wehrmacht, Auschwitz, die Erfindung des Bombenkrieges und die Versklavung Hunderttausender von Menschen zum Nutzen der deutschen (Rüstungs-)Industrie zur „größten deutschen Leistung in der Geschichte" verklärt, ist - ganz im Gegenteil zu vielen überlebenden Opfern - Zuwendungsempfänger der Bundesregierung.
Dr. Ing. Paul Latussek heißt er und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) ist er. 3,8 Millionen DM wurden dem BdV allein 1997 von der Bundesregierung zugedacht. Latusseks Zitat stammt aus der „Deutschen Wochenzeitung" Gerhard Freys (23.01.1998) und ist kein Ausrutscher:

- Latussek veröffentlichte im Nazi-Organ „Nation und Europa" u.a., der BdV müsse ein „Ansiedlungsrecht" in der „Heimat" durchsetzen,
- war Ende Juni '97 Mitbegründer einer „Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten" mit eindeutig revanchistischen und neofaschistischen programmatischen Aussagen,
- tritt als Referent bei der rechtsextremen „Gesellschaft für Freie Publizistik" auf,
- und fungiert nun als Kompagnon Brunners bei der Gründung eines Haiderschen Beispiel folgenden „Bundes Freier Bürger" auf Bundesebene.

Kurz Latussek ist ein Paradebeispiel für die Rolle, die Vertriebenenfunktionäre im organisierten Neofaschismus spielen.

Für die Bundesregierung offenbar dennoch kein Hindernis:

Latussek sitzt immer noch im „Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen" beim Bundesinnenministerium und gilt in dieser Funktion als „sachkundiger" Berater der Bundesregierung.

Wir meinen: Revanchismus ist eine wesentliche Quelle des Neofaschismus!

Wir fordern: Keine Mark zur Finanzierung der Revanchistenverbände!

Cornelia Kerth, Bundessprecherin der VVN-BdA

Solidarität wird gebraucht!

Die Hatz auf die DDR und ihre Bürger geht weiter, schon gar in diesem Wahljahr 1998. Viele Hunderte Gerichtsverfahren z.B. gegen Juristen, Angehörige der NVA oder der Grenztruppen, sind im Gange bzw. sollen noch geschehen.

Menschen, die ihrem Staat nach Recht und Gesetz gedient haben, sollen jetzt hinter Gitter. Es ist eine von den Herrschenden im Westen gewollte kollektive Demütigung der Bürger in der ehemaligen DDR.

Wir haben in der BAF-Ausgabe vom Februar '98 schon über den Fall der Richterin Jendretzky-Eisermann berichtet. Am 27. März 1998 wurde die 72jährige DDR-Juristin Gerda Klabuhn auf der Straße verhaftet.

Ein Strafantrittsbescheid war ihr nicht zugegangen. Der Herzkranken wurde verwehrt, ihre Medikamente aus der nahegelegenen Wohnung zu holen. Polizei und Justiz sei nicht bekannt, daß Frau Klabuhn zwei Wochen vor ihrer Verhaftung eine Augenoperation hatte und daher dringend Medikamente benötigte.
Gerda Klabuhn wurde 1994 wegen angeblicher Rechtsbeugung in 8 von 15 ursprünglich angeklagten Fällen zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Nach teilweiser Aufhebung dieses Urteils wurde sie 1995 von einer anderen Kammer des Berliner Landgerichts für die verbleibenden drei Fälle (die Urteile ergingen vor über 15 Jahren) zu einem Jahr, neun Monaten ohne Bewährung verurteilt.

In keinem Falle wurde der Beweis erbracht, daß von ihr zu vertretende Urteile in eindeutigem Widerspruch zum Wortlaut der DDR-Gesetze standen oder sie etwa wissentlich verletzt hätten. Ein Gnadengesuch wurde im Januar 1998 abgelehnt.

Solidaritätsgrüße in Form von Briefen oder Karten sind erwünscht und zu richten an:

Gerda Klabuhn, JVA, Alfredstr.15, 10369 Berlin

Gerold (nach Zuschrift von Klaus Feske)

Neuer Name

Auf unserer Ersatzkonferenz am 23. März wurde beschlossen, daß unser Organisationsname, wie auch auf Bundesebene, um die weibliche Form erweitert wird. Somit lautet der vollständige Name nunmehr ***VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten*** (VVN-BdA). Zur Begründung: Es entspricht unserem politischen Selbstverständnis, gleichberechtigte antifaschistische Arbeit zu leisten. Logische Konsequenz hieraus ist, daß wir auch den Frauenanteil in unserem Organisationsnamen dokumentieren.

Der Landesvorstand

Lesung zum Tag der Befreiung

Am Samstag, 9. Mai 1998, werden wir ab 15:00 Uhr am Gedenkstein gegen die Bücherverbrennung in der Bürgermeister-Deichmann-Straße aus Gedichten und Erzählungen von Berthold Brecht und Heinrich Heine vortragen. Bei schlechtem Wetter verlegen wir die Lesung in unser Büro.

Es wird auch etwas über die Geschichte des "Spielplatzes an der Nordstraße" erzählt, der vor der Nazizeit als Marktplatz und Schulhof genutzt wurde und Schauplatz großer Arbeiterkundgebungen war. Später haben die Faschisten diesen Platz für ihre martialischen Naziaufmärsche mißbraucht.

Des weiteren besteht die Möglichkeit, unsere Neofaschismus-Ausstellung zu besichtigen.

Raimund

Kundgebung zum 8. Mai 1945

Am 09. Mai veranstaltet die Deutsch–Niederländische–Initiative "8. Mai 1945" ihre jährliche **Kundgebung in Papenburg im Informationszentrum DIZ, Am Wiek 22.**
Die Veranstaltung steht unter dem Motto: "8. Mai 1945, Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg".

Der Förderverein Emslandlagergemeinschaft Papenburg e.V. ist 1991 aus der 1955 gegründeten Lagergemeinschaft ehemaliger Moorsoldaten hervorgegangen.

„Die gesellschaftliche Gegenwart hat bestätigt, wie bedeutungsvoll und richtungsweisend (...) der Schwur von Buchenwald geblieben ist, (den) die Häftlinge nach ihrer Selbstbefreiung am 11. April 1945 leisteten."

Georg Gumpert

Suche nach NS-Tätern

In einer kleinen Notiz des Weser-Kuriers vom 09.03.1998 wurden wir unterrichtet, daß das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Jerusalem eine Überprüfung aller Kriegsrentner vornimmt und hofft, daß man in etwa sechs Monaten die „ersten Treffer" über Nazi-Verbrechen melden kann.

Oberstaatsanwalt Streim als Leiter der Zentrale zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg machte im Februar 1996 eine einfache Rechnung auf: 1942 und 1943 hätten die Verbrechen ihren Höhepunkt erreicht, da seien die Täter circa 35 Jahre alt gewesen, jetzt müßten sich aufgrund des Alters mehr die Ärzte als die Richter um diese kümmern.

Der Antifaschist Erich Mielke, man kann zu seiner jüngsten Vergangenheit stehen wie man will, ist kurz nach der Wende in einem Indizienprozeß wegen angeblichen „Polizisten-Mordes" im Jahre 1932 (!) verurteilt worden und hat in bundesdeutschen Gefängnissen gesessen. Dieser Mann war über 86 Jahre alt und gesundheitlich angeschlagen, aber er war kein Nazi-Verbrecher und daher mußte der „demokratische Rechts-Staat" ihn eben verurteilen.
Hier ist Eile geboten, über Nazi-Verbrechen soll aber wohl lieber Gras wachsen!

Friedel

bremer kassIBER stadtzeitung für politik, alltag, revolution

Ausgabe Nummer 34 mit dem Schwerpunkt „Studi-Streik"
Bestellen bei: VzVuN,
St.Pauli-Str.10/12, 28203 Bremen
Fax: 0421-75682 • kassiber@brainlift.de
www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm
(Jahresabo: 35,- DM im Umschlag)

Zwangsarbeiter verklagen Ford

Eine Interessengemeinschaft von Opfern hat in den USA Klage gegen die Kölner Ford-Werke wegen Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges eingereicht.
Die Tochterfirma des US-Automobilunternehmens habe 'eifrig, aggressiv und erfolgreich' um die Zuteilung von Zwangsarbeitern aus Rußland, der Ukraine, Italien und Belgien mitgeboten und von ihnen wissentlich enorm profitiert, heißt es nach Angaben der 'Washington Post' in der Klageschrift. Dem Mutterkonzern Ford wird darin vorgeworfen, auch während der Naziherrschaft direkte Kontrolle über die Ford-Werke ausgeübt und Gewinne abgeschöpft zu haben.

Quelle AFP /Raimund

Kein Gelöbnis am 10. Juni

In Berlin sieht der Verteidigungsminister der Bundesrepublik für den 10. Juni 1998 ein öffentliches Rekrutengelöbnis vor. Solche feierlichen Gelöbnisveranstaltungen mit entsprechendem Zeremoniell verleihen dem Militärischen eine gefährliche religiöse Weihe. Diese Weihe hat in der deutschen Vergangenheit mit dazu geführt, Millionen Soldaten zu verbrecherischen Feldzügen gefügig zu machen. Aber nicht nur deswegen verurteilen wir die geplante Veranstaltung in Berlin. Dazu kommt die erschwerende und peinliche Tatsache, daß der Verteidigungsminister nicht einmal die Sensibilität aufbringt, zu berücksichtigen, daß deutsche Militärs am 10. Juni 1942 das tschechische Lidice und am 10. Juni 1944 das französische Oradour dem Erdboden gleich gemacht und dabei die Bewohner teilweise bzw. alle ermordet hat. Es wundert nicht, daß es in der Bundeswehr zu zahlreichen Verherrlichungen der Nazivergangenheit kommt.
Das am 10. Juni diesen Jahres geplante öffentliche Rekrutengelöbnis stellt nicht nur eine nachträgliche Beleidigung der Opfer dar, sondern gibt den neofaschistischen Kräften in unserem Land wieteren Auftrieb. Wir fordern den Verteidigungsminister auf, dieses vorgesehene öffentliche Rekrutengelöbnis in Berlin und auch das am Vorabend des Lidice- und Oradourtages vorgesehene in Bremen ganz zu unterlassen.

Dr. Erst Uhl (Lidice-Initiative)

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 nannte sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die ***„Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"*** und für den ***„Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"*** wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- ☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden/Antimilitarismus
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Telefon _____
Geb.-Datum _____
Beruf _____
Bremen, den _____
Unterschrift _____

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Erneuter Angriff auf VVN-Büro

In der Nacht zum 20. April wurde unser Schaufenster zum zweiten Mal in diesem Jahr mit faschistischen Parolen beklebt. Die Öffentlichkeitsarbeit, die wir leisten, zeigt Wirkung. Wir lassen uns nicht einschüchtern!

BFB formiert sich in Bremen

Der Saal von "Grothenns Gasthaus" in Bremen-Arbergen war mit 200 Braungeistern, meist älteren Semesters, ausgebucht, als der *»Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland (BFB)«* seinen Bundestagswahlkampf-Auftakt in Bremen startete. Der Grund dafür liegt auf der Hand, da neben Brandenburg nur Bremen noch nicht vom BFB organisatorisch belästigt wird.

Unbehelligt von Protesten konnte die mit großen Zeitungsannoncen angekündigte Veranstaltung durchgezogen werden, und das, obwohl Bremen dem Autor der "Antifaschistischen Nachrichten" (Nr.8/98), Thomas Klaus, als "linkes Mekka" gilt.

Der BFB wurde 1994 von dem Ex-FDP-Funktionär Manfred Brunner gegründet. Bis 1992 war Brunner Kabinettschef der EG-Kommission. Er machte sich gegen eine einheitliche EU-Währung stark und war der Meinung: Die *"Politiker der Maastricht-Parteien haben es verlernt, deutsche Interessen zu vertreten."*

Der Hamburger BFB-Chef, Kristof Berking, ist sich sicher, daß die Rechts-Partei für die politische Auseinandersetzung fit ist. Der Jurist Berking trat als Redakteur bei dem neofaschistischen Wochenblatt *»Junge Freiheit«* auf.

Der ehemalige FDP-Abgeordnete und stellv. Vorsitzende der hessischen Landtagsfraktion, Pastor Dr. Heiner Kappel, brachte die *»Liberale Offensive«* im Januar in den *»Bund Freier Bürger«* ein. Auch er stellt Optimismus zur Schau. Die Partei solle bis zum Sommer etwa 10.000 Mitglieder haben, phantasiert Kappel. Dies soll durch das Aufsaugen rechter Splitterparteien geschehen. Der BFB orientiert auch auf gutsituierte Mittelständler, da vor allem dort die Ideen vom totalen sozialen Kahlschlag Anklang finden.

Große Erwartungen setzt Kappel in die Zusammenarbeit mit den Vertriebenenverbänden. Im Februar 1998 sagte Brunner in einem Interview mit dem *»Ostpreußenblatt«* folgendes: *"Man hätte niemals den alten Artikel 23 des Grundgesetzes abschaffen dürfen, der allen Gebieten, die bis zum 31. Dezember 1937 Teil des deutschen Reiches waren, das Beitrittsrecht zur Bundesrepublik Deutschland gewährte."* und *"Wir wollen einer verrotteten und geldgierigen Pseudo-Elite Menschen entgegensetzen, die an Ideale glauben und für diese Ideale Opfer bringen wollen."* Hier klingt eine Drohung, die, so befürchte ich, eine Kampfansage an unsere Demokratie ist.

Manfred Brunner Dr. Paul Latussek

Der stellv. Bundesvorsitzende des *»Bundes der Vertriebenen (BdV)«* Dr. Paul Latussek wurde zu einem der BFB-Wahlkampfleiter bestimmt. Er trat schon als Referent bei der, von Altnazis gegründeten, »Gesellschaft für freie Publizistik (GFP)« in Erscheinung.

Der angebliche Zwang zur "politischen Korrektheit" (Political Correctness) ist dem BFB ein Dorn im Auge. *"Das Wichtigste, was wir in diesem Land brauchen, ist es, wieder das sagen zu dürfen, was man denkt."* Es wird von "hysterischer Vergangenheitsbewältigung" gefaselt. Hintergrund ist die Diskussion um die Verbrechen der Wehrmacht.

Kappel legt wert auf die Feststellung, daß die Bundeswehruniform *"das Ehrenkleid der Nation"* sei und der BFB *"die Wehrmachtssoldaten nicht durch den Dreck ziehen"* lasse. Das Programm des BFB sagt: *"Umfang und moderne Ausstattung unserer Streitkräfte sind wichtig. Aber ausschlaggebend ist der innere* [rechte, Anm. d. Autors] *Geist, der sie beseelt. Die Regierung hat die Diffamierung der Wehrmacht zugelassen und erntet nun die Diffamierung der Bundeswehr."* Da die Führungsakademie einen Roeder eingeladen hat, scheint "innere Geist" der Truppe schon genug be...

Der Generalsekretär des BFB, Kappel, versuchte einigermaßen seriös zu wirken, aber so richtig zum Toben kam der Saal nur, wenn es zur Sache ging, wie z.B. bei der "Ausländerpolitik". *"Die Illusion muß beendet werden, Deutschland sei die Sozialstation der Welt."* Nicht das er ausländerfeindlich sei, beteuerte der Theologe Kappel, es habe mehr mit *"Inländerfreundlichkeit"* zu tun, *"die tut bitter not in diesem Land."* Es ist nicht verwunderlich, wenn er resümiert: *"Es ist wieder an der Zeit zu sagen: Ich bin stolz auf meine Heimat. Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein."*

Dazu paßt es gut, daß der bayerische BFB einen Freundschaftsvertrag mit der Kärtner FPÖ des Faschos Jörg Haider geschlossen hat, geht es doch i... noch um die *"ungelöste Frage Südtirol"*, das durch die *"Ausübung des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden"* könne. [sprich: durch Annexion, Anm. d. Autors]

Gerold (AG Neofaschismus)

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).
Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 28
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: Jwahls@csi.com
Garry@t-online.de

Unsere neue Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 16:00-19:00 Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Kto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62

Mitgliederöffentlich trifft sich montags

der Geschäftsführende Vorstand

von 18:00 - 20:30 Uhr und der

Landesvorstand jeden 4. Montag

von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im Mai 1998

Anni	Meier	02.05., 83 J.
Werner	Scholz	02.05., 50 J.
Margret	Piosek	15.05., 72 J.
Otto-K.	Hübotter	17.05., 68 J.
Peter	Reichel	20.05., 61 J.
Lore	Kübler	23.05., 62 J.
Herbert	Breidbach	24.05., 77 J.
Heinz	Brüning	25.05., 67 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand